

Marxistische Geschichtswissenschaft – Leistungen und Aktualität

HEINZ KARL

Die Menschheit steht heute vor Herausforderungen, größer als je zuvor: Eine aus den Fugen geratene kapitalistische Weltwirtschaft; von Menschenhand bewirkte irreversible, in ihren Dimensionen und Konsequenzen noch nicht abschätzbare Klimaveränderungen; und nach fast einem halben Jahrhundert geostrategischen Gleichgewichts zwischen den imperialistischen und anti-imperialistischen Kräften: ein vom internationalen Finanzkapital dominiertes Weltgeschehen. Dessen katastrophalstes Moment ist nicht nur eine neue, bisher ungebremste Serie imperialistischer, neokolonialer Aggressionskriege, sondern auch die zunehmende Gefahr von Kriegen zwischen Großmächten und Mächtegruppierungen. Das wären – in ihrer Tendenz, nach ihren realisierbaren Möglichkeiten – Kriege, geführt mit Kernwaffen, und nicht nur auf der Erde, sondern auch im Kosmos, Kriege, die in ihren Zerstörungen und Langzeitwirkungen den Zweiten Weltkrieg, einschließlich Hiroshima und Nagasaki, weit hinter sich lassen würden.

Damit sind auch die Ungewissheiten größer denn je – oder, wie es Eric Hobsbawm am Ende seines „Zeitalters der Extreme“ formulierte; „Wir wissen nicht, wohin wir gehen.“¹

Welche Verpflichtungen erwachsen daraus uns als Historiker? Was vermag Geschichtswissenschaft im Rahmen der aufgezeigten Realitäten und realen Möglichkeiten überhaupt zu leisten?

Natürlich kann sie nicht Zukunft zuverlässig voraussagen. Sie kann noch nicht einmal – und das besagen die Erkenntnisse ihrer eigenen Geschichte als Wissenschaft – konkrete historische Tatbestände (trotz gründlichster und ergiebigster Untersuchungen) als ein für allemal geklärt und fixiert betrachten; denn die Forschung erschließt (in der Regel) immer neues Tatsachenmaterial. Aber sie muss und sie darf sich deshalb keineswegs auf die Darstellung des Vergangenen beschränken.

Im Geschichtsprozess bilden Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft eine Einheit. Die Analyse des Werdens gibt uns erklärende Aufschlüsse über das Gewordene. Die Untersuchung des Bestehenden ist Voraussetzung für Prognosen

über das, was werden *kann*. Entwicklungen, die gestern begonnen haben und heute vor sich gehen, können (und werden oft oder sogar meistens) sich fortsetzen und vielleicht erst zur vollen Entfaltung gelangen. Um es mit den Worten der Philosophin Nina Hager zu sagen: „Es können durch uns Tendenzen dieser objektiven gesellschaftlichen Entwicklung, deren Komplexität und Widersprüchlichkeit wächst, erkannt werden, Möglichkeiten der Entwicklung benannt und die Wahrscheinlichkeit ihrer Verwirklichung abgeschätzt werden, und auf dieser Grundlage können Entscheidungen getroffen werden, mit denen in gesellschaftliche Prozesse eingegriffen und gehandelt werden kann.“²

Von nicht geringerer Bedeutung ist die Möglichkeit und Verpflichtung des Historikers, geschichtliche Erfahrungen, sowohl positive als negative, zu vermitteln und diese zu historischen Lehren zu verdichten. Dies galt für die zurückliegenden Jahrzehnte (und gilt heute mehr denn je) in besonderem Maße für die Erfahrungen und Lehren der beiden Weltkriege und für die singulären, jeden Vergleich verbietenden Verbrechen des Faschismus, vor allem des deutschen.

Hier zeigt sich zugleich ein Charakteristikum der Geschichtswissenschaft im Vergleich zu vielen anderen Einzelwissenschaften: der enge Zusammenhang von Geschichtsforschung und Geschichtsinterpretation mit dem politischen Geschehen. Die öffentliche Behandlung geschichtlicher Vorgänge, ihre Darstellung und Verbreitung, trägt wesentlich, mitunter entscheidend zur politischen Meinungsbildung, Meinungs-*Prägung* bei.

Diese Tatsache ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung der Massenmedien in den letzten anderthalb Jahrhunderten: vom Übergang zur Massenpresse in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, dem Anfang des 20. Jahrhunderts aufkommenden Film, der flächendeckenden Durchsetzung von Tonfilm und Rundfunk in der 1930er Jahren und des Fernsehens in den letzten sechs Jahrzehnten – verbunden mit einer regelrechten Explosion von Geschichtspropaganda – bis hin zur gegenwärtigen Durchsetzung der digitalen Medien. Der Massen-

manipulation durch das Großkapital eröffneten sich ungeahnte Perspektiven.

Für die bürgerliche Geschichtswissenschaft ergaben sich Möglichkeiten wie noch nie, ihre systemstabilisierenden und regimekonformen Auffassungen „unter das Volk zu bringen“ und damit einen größeren Beitrag als je zuvor zur Herrschaftssicherung zu leisten. Die Verwirrung und Irreführung der breiten Massen bezüglich ihrer gesellschaftlichen Situation und ihrer ureigensten Interessen, ihrer realen Rechte und Möglichkeiten in der kapitalistischen Gesellschaft, ihre Spaltung und Zersplitterung, die Isolierung ihrer fortschrittlichsten, oppositionsfähigsten Kräfte ist aber heute mehr denn je Bedingung der Stabilität der Herrschaft des Großkapitals und der Durchsetzung seiner reaktionären Innen- und expansiven und aggressiven Außenpolitik.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen, um die vom Großkapital ausgebeuteten und beherrschten Massen im eigenen Interesse handlungsunfähig zu machen, besteht deshalb darin, dieser systematischen Manipulation entgegenzuwirken. Mehr als je zuvor gilt heute die Feststellung Lenins aus dem Jahr 1913: „Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klassen zu suchen.“³

Theorie und Geschichte

Mit ihrer Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus schufen Marx und Engels das Rüstzeug für die geistige und politische Selbstbefreiung der Arbeiterklasse. Schon in einem ihrer ersten gemeinsamen Werke, „Die deutsche Ideologie“ (1845/46), entwickelten sie die Grundzüge ihrer materialistischen Geschichtsauffassung: die materielle Produktion als Grundlage des gesellschaftlichen Lebens, die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen (hier noch „Verkehrsform“ genannt), die Eigentumsverhältnisse als Ursache der Klassenspaltung und Basis für Staat und Ideologie, die Lösung der Widersprüche in der bürgerlichen Gesellschaft und je-

der Ausbeuterordnung überhaupt durch Aufhebung des Privateigentums (und damit der Ausbeutung) in einer kommunistischen Gesellschaft, die historische Rolle des Proletariats.

Eine wichtige Etappe in der Herausbildung der marxistischen Geschichtswissenschaft (und zugleich in der Entwicklung des Marxismus überhaupt) waren die Jahre der Revolution von 1848/49 und unmittelbar danach. Hier war der Marxismus erstmals mit umfassenden und tiefgreifenden ökonomischen, sozialen und politischen Prozessen konfrontiert, die im Grunde ganz Europa erfassten und aufwühlten – die größte revolutionäre Bewegung zwischen der Französischen Revolution von 1789 und der Oktoberrevolution und den ihr folgenden revolutionären Bewegungen von 1917 bis 1923. Diese Prozesse waren außerordentlich komplex und widerspruchsvoll. Es kreuzten sich antif feudale bürgerliche Bewegungen und nationale Befreiungsbewegungen, Auseinandersetzungen zwischen liberaler Großbourgeoisie und demokratischem Kleinbürgertum mit ersten scharfen Zusammenstößen von Bourgeoisie und Proletariat, die in der Pariser Junischlacht 1848 bereits Bürgerkriegscharakter annahmen.

Marx und Engels reflektierten diese Klassenauseinandersetzungen in einer Vielzahl von Pressebeiträgen, vor allem in der *Neuen Rheinischen Zeitung*, aber auch bereits in der britischen und US-amerikanischen Presse sowie in einigen größeren Arbeiten. Wie jene markierten diese einerseits die bedeutsamen und beeindruckenden Anfänge marxistischer *Zeitgeschichtsschreibung*, waren aber zugleich der theoretischen Analyse und Verallgemeinerung der revolutionären Vorgänge und der Erfahrungen der revolutionären Kräfte gewidmet. So war die Ansprache der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten an den Bund vom März 1850 vor allem auf die Taktik gegenüber den verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Strömungen und die Formierung einer politisch selbstständigen Arbeiterbewegung gerichtet. In Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich 1848 bis 1850“ wurde – Engels betonte das mit Nachdruck – die diffuse Forderung des „Rechts auf Arbeit“ ersetzt durch die Forderung „Aneignung der Produktionsmittel, ihre Unterwerfung unter die assoziierte Arbeiterklasse, also die Aufhebung der Lohnarbeit wie des Kapitals und ihres Wechselverhältnisses“. ⁴ In Marx' „Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ (1852) wur-

de zum ersten Mal die Grundaufgabe gestellt, die bürgerliche Staatsmaschinerie nicht „in Besitz zu nehmen“, sondern sie – so Marx – „zu brechen“. ⁵ Mit Engels' „Der deutsche Bauernkrieg“ (1850) wurde erstmals ein marxistisches Geschichtswerk vorgelegt mit der erklärten Absicht, dem deutschen Volk, seinen werktätigen Massen ihre revolutionären Traditionen nahe zu bringen – als Anregung zum eigenen Handeln. Nebenbei: Wen das heutige bundesdeutsche föderalistische Verfassungs-, Gesetzgebungs- und Verordnungschaos an den Rand der Verzweiflung bringt, der findet dort auch Engels' vor 163 (!) Jahren gefälltes Urteil: „Wer nach den beiden deutschen Revolutionen von 1525 und 1848 und ihren Resultaten noch von Föderativrepublik faseln kann, verdient nirgend anders hin als ins Narrenhaus.“ ⁶

Für alle diese Arbeiten galt, dass sie die politischen Kämpfe als Agieren von Klassen und Klassenfraktionen beleuchteten, den ihnen zu Grunde liegenden materiellen, insbesondere ökonomischen Interessen nachspürten und den Standpunkt der historisch fortschrittlichsten Kraft, der sich formierenden Arbeiterbewegung, herausarbeiteten.

Einen kräftigen Schub erhielt die marxistische Geschichtsschreibung und -publizistik durch die miteinander verflochtenen Prozesse der forcierten kapitalistischen Entwicklung mit ihren politischen Konsequenzen, der weiteren Nationalstaatsbildung und der nationalen und internationalen Formierung politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterorganisationen mit Massencharakter sowie als parlamentarische Kraft im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Die Herausbildung einer sozialistischen Massenpartei in Deutschland, der andere folgten, die Gründung der I. (1864) und der II. Internationale (1889) stimulierten das Ringen um programmatische Klärung, das seinerseits ohne den „Griff in die Geschichte“ nicht auskam.

Ein Schwerpunkt war die verstärkte Auseinandersetzung mit der Staatsfrage, aufgeworfen unter anderem durch das Lassalleianische Streben nach einem Kompromiss mit der preußischen Monarchie, dem eine prinzipielle Kritik des preußischen Junkerstaates und seiner Geschichte entgegengesetzt wurde. Vor allem aber führten die Pariser Kommune, ihre Erfahrungen und die Solidarität mit ihr, zu einer Vertiefung der marxistischen Staats- und Revolutionstheorie, die nur auf einem soliden, vor allem zeitgeschichtlichen Fundament möglich war.

Im „Bürgerkrieg in Frankreich“ (April/Mai 1871) konstatierte Marx, anknüpfend an seinen „Achtzehnten Brumaire“ von 1852: „Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen“. ⁷ Gestützt auf eine historische Analyse des feudalsolutistischen und des bürgerlichen Staates seit 1789 stellte er fest, dass die Pariser Kommune diese überkommene Staatsmacht *bricht* ⁸ und durch eine neue, ihre eigene Staatsmacht ersetzt, deren demokratische Struktur und Arbeitsweise er sehr konkret beschreibt. Er schlussfolgert: Die Kommune „war wesentlich eine *Regierung der Arbeiterklasse*“. ⁹

Und Engels bringt 1891 die Dinge wie folgt auf den Punkt: „Der sozialdemokratische Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats [...]. Wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats.“ ¹⁰

Zuvor (1884) hatte Engels in seinem grundlegenden Werk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ die frühgeschichtlichen Familienformen, die Entstehung des Patriarchats und der Sklaverei und damit die Klassenspaltung untersucht und nachgewiesen, dass der Staat sich als Folge der Klassenspaltung herausbildet und seinem Wesen nach immer eine Form der *Klassenherrschaft* ist. Eine ähnliche herausragende und bedeutungsvolle Leistung hatte August Bebel mit seinem 1879 erschienen Werk „Die Frau und der Sozialismus“ vollbracht. Er hat nicht nur auf der Grundlage eines immensen historischen und soziologischen Materials die Frauenfrage in ihrer gesamten Entwicklung dargestellt, sondern auch den jeweiligen formationsspezifischen gesellschaftlichen Rahmen herausgearbeitet und sich zu den wesentlichen konkret-historischen Aspekten der Gesellschaft, des Staates, des Klassenkampfes geäußert.

Programmatik und Geschichte

Die Verabschiedung des marxistischen Erfurter Programms der deutschen Sozialdemokratie 1891 (zu dem sein wichtigster Autor Karl Kautsky einen soliden Kommentar veröffentlichte) wird flankiert von gewichtigen marxistischen Geschichtswerken. 1893 erscheint von Franz Mehring „Die Lessing-Legende (Mit einem Anhang: Über den historischen Materialismus)“, eine Schrift, die nicht nur aus marxistischer Sicht die

deutsche Literatur- und Kulturentwicklung beleuchtet, sondern auch den preußischen Militärstaat einer vernichtenden Kritik unterzieht und die regime-offiziellen Legenden um Friedrich II. entlarvt. Engels zollte Mehring höchstes Lob. 1898 folgte Mehrings „Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie“.

Ende der 1890er Jahre entbrennt die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus. Kautsky griff 1899 mit „Bernstein und das sozialdemokratische Programm“ in die Debatte ein, Rosa Luxemburg im gleichen Jahr mit „Sozialreform oder Revolution?“. Sie wies Bernsteins Angriffe auf die marxistische Krisentheorie zurück und widerlegte seine Behauptung, die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus verringere sich. Vor allem setzte sie sich mit Bernsteins Versuch auseinander, Reformen als ausreichend für die Überwindung des Kapitalismus zu betrachten, und unterstrich die Dialektik von Reform und Revolution: Der richtige und notwendige Kampf um Reformen bereitet die sozialistische Revolution vor, kann sie aber nicht ersetzen.

1902 veröffentlichte Kautsky die Schrift „Die soziale Revolution“, in der er sich zu den konkreten Aufgaben der Revolution äußerte. In seinem 1909 erschienenen Buch „Der Weg zur Macht“ ging er weiter: Er wies auf die verstärkte Zuspitzung der Klassengegensätze und auf das Herannahen eines Weltkrieges hin und sprach davon, dass die Entwicklung in eine revolutionäre Periode eingetreten sei. Rosa Luxemburg forderte 1906 in ihrer Schrift „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ dazu auf, aus den Erfahrungen der sich vollziehenden russischen Revolution zu lernen, das Kampfmittel des politischen Massenstreiks zu entwickeln und die parlamentarische Arbeit stärker mit außerparlamentarischen Kampfformen zu verbinden.

Bedeutende Geschichtswerke und zugleich wichtige Beiträge zum Kampf gegen den Revisionismus, für eine marxistische Orientierung der Arbeiterbewegung waren die 1910 bis 1914 erschienenen Erinnerungen August Bebels, Mehrings „Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters“ (1906) und seine große Biographie „Karl Marx – Geschichte seines Lebens“, die er während des Weltkrieges vollendete und 1918 veröffentlichte.

Seit der Jahrhundertwende rückte das Problem des Imperialismus, seines Wesens und seiner Bekämpfung immer mehr in den Vordergrund. 1910 veröffentlichte Rudolf Hilferding sein grund-



Heinz Karl (links) und Hans Hautmann bei der Festveranstaltung am 2. Oktober.

legendes Werk „Das Finanzkapital“, das wichtige Erkenntnisse über den kapitalistischen Konzentrationsprozess, die Veränderung der Beziehungen zwischen Industrie- und Bankkapital und andere wesentliche Aspekte lieferte. Rosa Luxemburg vermochte zwar in ihrer Schrift „Die Akkumulation des Kapitals“ (1913) nicht, wie beabsichtigt, die Marx'sche Reproduktionstheorie weiterzuentwickeln, erbrachte aber doch bestimmte Forschungsergebnisse vor allem zur imperialistischen Politik. Den entscheidenden Beitrag zur Ausarbeitung der marxistischen Imperialismustheorie leistete Lenin mit der Herausarbeitung der Monopolisierung als Schlüsselfrage, der Bestimmung des historischen Platzes des Imperialismus, damit zusammenhängend der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus zunächst in einem Lande und der Klärung des Zusammenhanges von Imperialismus und Opportunismus. Alle drei Autoren haben in ihren Schriften (und auch in ihren Vorarbeiten – man denke an Lenins „Hefte zum Imperialismus“) – in großem Umfang historisch geforscht und dargestellt.

Der Imperialismus mündete in den ersten Weltkrieg. Aus diesem fanden die Arbeiter und Bauern Russlands unter Führung der Partei Lenins den Ausweg in der Oktoberrevolution 1917. Damit war eine neue Epoche weltgeschichtlicher Entwicklung eröffnet, eine neue Situation auch für die marxistische Geschichtswissenschaft gegeben.

Die Epoche der Oktoberrevolution

Eric Hobsbawm stellt die Oktoberrevolution in den Mittelpunkt der Geschichte des 20. Jahrhunderts, die ohne sie „und ihre direkten wie indirekten Fol-

gen nicht erklärt werden“ könne.¹¹ Geburt und Untergang des Sowjetstaates markieren für ihn Beginn und Ende dieses „kurzen“ Jahrhunderts. Er vergleicht, als prägendes Jahrhundertereignis, die Oktoberrevolution mit der Französischen Revolution von 1789, meint aber, dass sie „ein viel stärkeres und globaleres Echo als ihre Vorgängerin“ hatte.¹²

Heute hat, im Unterschied zu früheren Jahrzehnten, diese Problematik eine neue, bis 1989 undenkbar Dimension erhalten. Bis dahin galt der „real existierende Sozialismus“ für Freund und Feind als eine unumstößliche Tatsache. Eine Infragestellung seiner Existenz, zumal in seiner europäischen Kernregion, erschien unreal und indiskutabel. Heute, fast ein Jahrhundert nach der Oktoberrevolution, blicken wir in einer fundamental veränderten Situation auf den damals begonnenen Weg zurück. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und des europäischen Sozialismus hat unsere Sicht auf diesen Weg einschneidend verändert. Die sozialistische Bewegung hat nicht nur die schwerste Niederlage ihrer Geschichte erlitten. Erstmals seit der Oktoberrevolution – und *mehr als vor 1917* – stellt sich die Frage, ob es denn überhaupt *möglich* sei, eine sozialistische Gesellschaft zu realisieren und auf die Dauer zu behaupten.

Zweifellos sind Nachdenken und gründliche, kritische Analyse vonnöten. Berechtigt uns aber die eingetretene Katastrophe, die Bilanz der gegenwärtig erkennbaren Resultate dazu, die durch die Oktoberrevolution in Gang gebrachten gesellschaftlichen Umwälzungen lediglich als eine 40- bis 70-jährige Unterbrechung der kapitalistischen Entwicklung zu betrachten, als ein vorübergehendes Abgleiten vom Hauptweg der Entwick-

lung der Zivilisation? Können wir die vielen Jahrzehnte frühsozialistischer Entwicklung, die ein Drittel der Menschheit erfasste, nur unter dem Blickwinkel ihres Scheiterns sehen?

Ich denke nicht. Das hieße, das Kind mit dem Bade auszuschütten, die reale geschichtliche Leistung zu negieren, angesichts des Versackens der 1917–1919 und 1944/45 genommenen Anläufe alles bisherige Ringen um eine antikapitalistische, eine sozialistische Alternative für sinnlos erklären und denen recht geben, die vom Endsieg des Kapitalismus, vom „Ende der Geschichte“ träumen.¹³

Es hieße insbesondere, die Krise der kapitalistischen Gesellschaft, den Mutterboden der Oktoberrevolution, zu ignorieren und die weltverändernden und weiterwirkenden Teilergebnisse dieses ersten Anlaufs zum Sozialismus zu negieren.

Die Oktoberrevolution, die nach Hobsbawm „die gewaltigste Revolutionsbewegung der modernen Geschichte“¹⁴ hervorbrachte, bewirkte einen weltweiten Fortschrittsschub, veränderte in vielen Richtungen die Welt zum Positiven.

Denken wir nur an ihre Friedensmission. 1917/18 beschleunigte sie maßgeblich die Beendigung des imperialistischen Weltkrieges. Die Solidarität mit ihr löste durch die Bewegung „Hände weg von Sowjetrußland!“ 1920 die bis dahin wirkungsvollste Aktion gegen imperialistische Aggressionspolitik aus. In den 1930er Jahren konnte die Sowjetunion über Jahre eine erfolgreiche Politik der kollektiven Sicherheit gegen die faschistischen Aggressoren entwickeln, die eine Voraussetzung der späteren Antihitlerkoalition war. Nach 1945 bewahrte die Existenz und Macht der Sowjetunion und der von ihr geführten Militärkoalition die Menschheit vor der Entfesselung eines neuen, atomaren Weltkrieges, sicherte Europa die längste Friedensperiode seit sechs Jahrhunderten und der UNO in den 1960er/70er Jahren die effektivste Periode ihrer Tätigkeit. Die internationale Entwicklung des letzten Vierteljahrhunderts beweist, wie treffend die Einschätzung Wladimir Putins ist, das Verschwinden der Sowjetunion sei die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts.

Ausgehend von der Oktoberrevolution vollzogen sich gesellschaftliche Umwälzungen mit enormen internationalen Auswirkungen. Angelpunkt war die grundlegende Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse, die auch von schweren sozialen Verwerfungen begleitet war, vor allem aber positive sozial-

politische Konsequenzen hatte und Millionen und Abermillionen Werktätigen bedeutende soziale Aufstiegschancen eröffnete. Die sozialistischen Umgestaltungen verwandelten ein Volk von Analphabeten und schufen eine starke und leistungsfähige technische, wissenschaftliche und künstlerische Intelligenz. Über diese kulturelle Umwälzung sagte der russische Wissenschaftler Alexander Sinowjew: „Ein Bildungsturm von ungeahnter Kraft zog über das gesamte Land und bedeckte es binnen kürzester Frist mit einem Netz von Schulen, Fachschulen und kulturellen Bildungsanstalten.“¹⁵ Schon in den 1930er Jahren wurde die Sowjetunion bis weit in sozialdemokratische und bürgerliche Kreise hinein als reale Alternative zum Kapitalismus aufgefasst.

Von geradezu schicksalhafter Bedeutung für die Menschheit war die Rolle der Sowjetunion als Antipode des Faschismus. Konnte ihr Streben der 1930er Jahre nach einem Bündnis der nicht-faschistischen Mächte gegen Hitlerdeutschland 1938/39 noch durch die „Appeasement“-Politik der britischen und französischen Regierung ausgehebelt werden, bewährte sie sich schon 1941/42 unter größten Opfern als unbesiegbare Hauptkraft der Antihitlerkoalition. Kein anderer als ihr unversöhnlicher Gegner seit 1917 und nun notgedrungen ihr Alliierte, Winston Churchill, attestierte ihr im September 1944, „dass es nämlich die russische Armee ist, die die Kraft der deutschen Kriegsmaschine gebrochen hat und gegenwärtig den bei weitem größeren Teil der feindlichen Streitmacht an ihrer Front bindet.“¹⁶ Auch in seinen späteren Memoiren, geschrieben in der Zeit des Kalten Krieges und in dessen Geist, kommt Churchill nicht umhin, festzustellen: „Die drei gewaltigen Schlachten bei Kursk, Orel und Charkow (1943, H.K.) bedeuteten den Ruin der deutschen Armeen im Osten.“¹⁷ Und für 1944 konstatiert er: „Das Ringen in Rußland übertraf an Umfang bei weitem alle Operationen“ an den anderen Fronten, „und es bildete natürlich die Voraussetzung für den kriegerischen Höhepunkt, dem die britischen und amerikanischen Armeen nunmehr entgegengingen.“¹⁸

Die entscheidende Rolle der Sowjetunion und ihrer Roten Armee im Ringen mit der faschistischen „Achse“ hatte eine unabdingbare gesellschaftspolitische Grundlage, und sie hatte ein grundlegendes Ergebnis für die ganze Menschheit. Geben wir dazu Eric Hobsbawm das Wort: „Hitlers Deutschland wurde und

konnte im Wesentlichen nur durch die Rote Armee besiegt werden.“ Das „war die Leistung jenes Regime, das mit der Oktoberrevolution etabliert worden war [...]. Ohne die Oktoberrevolution bestünde die Welt (außerhalb der USA) heute wahrscheinlich eher aus einer Reihe autoritärer und faschistischer Varianten als aus einem Ensemble unterschiedlicher liberaler, parlamentarischer Demokratien.“¹⁹

Großen Einfluss übten die Sowjetunion und die durch die Oktoberrevolution initiierten oder stimulierten nationalrevolutionären Bewegungen auf den raschen Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems aus.

Schließlich ging vom Realsozialismus ein wesentlicher Druck auf den Kapitalismus aus, der diesen zu Veränderungen zwang. Wie Hobsbawm meint, sollte die Oktoberrevolution mit ihren Folgen „dem Kapitalismus den Anstoß geben, sich selbst zu reformieren; und weil sich die Sowjetunion paradoxerweise gegen die Große Depression immun zeigte, sollte sie auch den Anstoß dazu geben, den orthodoxen Glauben an die freie Marktwirtschaft zu revidieren“.²⁰

Wie ist der Realsozialismus historisch einzuschätzen?

Immer wieder wird die Frage nach dem sozialökonomischen Charakter der sowjetischen und anderer realsozialistischen Gesellschaften aufgeworfen. Zweifellos war der „reale“ Sozialismus kein reifer, kein „entwickelter“ Sozialismus, sondern eine *Frühform* des Sozialismus, eine erste Etappe auf dem Wege seiner Gestaltung, zudem durch tiefe Deformationen beeinträchtigt und partiell geradezu verunstaltet. Dennoch brach er mit dem kapitalistischen System und dessen Wertvorstellungen in einem Maße, das einen grundlegenden (wenn auch auf vielen Gebieten noch sehr unvollkommenen, auf manchen sogar ausgesprochen ungenügenden) emanzipatorischen Fortschritt bedeutete.

Ein strikt historisches Herangehen an diese Problematik – und ein anderes kann zu keiner ernsthaften, realistischen Beurteilung führen – wird insbesondere dem Hinweis Eric Hobsbawms Rechnung tragen müssen, dass „das sowjetische Experiment [...] nicht als globale Alternative zum Kapitalismus entstanden (war), sondern als eine Kette von spezifischen Reaktionen auf die besondere Situation eines riesigen und dramatisch rückständigen Landes in einer spezifischen und unwiederbringlichen historischen Konstellation.“²¹ Dies gilt sinn-

gemäß für den „Realsozialismus“ als internationalen Faktor insgesamt.

Die Schritte auf dem Wege des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft in der DDR beispielsweise gingen aus den antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungen seit dem Mai 1945 hervor: der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher in der Wirtschaft sowie der Großgrundbesitzer, der Entfernung der Nazi-Lehrer aus den Schulen, der Nazi-Beamten aus der Verwaltung und der Schaffung einer völlig neuen, antifaschistischen Polizei. Die entsprechende breite Bündnispolitik erleichterte den Übergang zum sozialistischen Aufbau. Es entwickelte sich ein Mehrparteiensystem mit zunächst vier (davon zwei Arbeiterparteien), seit 1948 fünf Parteien, von denen vier ihre Basis vor allem in den Mittelschichten hatten, und das bis zum Ende der DDR wirkte.

Die Entwicklung bewies, dass eine sozialistische Gesellschaft auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums möglich ist, eine Gesellschaft ohne Arbeitslosigkeit und Krisen, ohne Existenzangst des Individuums, ohne Obdachlosigkeit, mit einem hohen Maß an sozialer Gleichheit, einer neuen Qualität des sozialen und solidarischen Umgangs der Menschen miteinander. Das bürgerliche Bildungsprivileg wurde gebrochen, die gesundheitliche Betreuung kostenlos.

Die Entmachtung des Kapitals veränderte die Stellung der Beschäftigten in einem volkseigenen oder ähnlichen Betrieb grundlegend gegenüber denen in einem profitorientierten kapitalistischen Unternehmen, und es gab viele Ansätze und Erfahrungen, um die durch das gesellschaftliche Eigentum objektiv gegebenen Möglichkeiten demokratischer Gestaltung der Produktion zu entwickeln. Es gelang jedoch nicht, ein umfassendes System demokratischer Wirtschaftsleitung als Grundlage eines massenhaften Eigentümerbewusstseins zu entwickeln. Wesentlich besser gelang dies in den Landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaften.

Die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus führten zu der Erkenntnis, dass der Sozialismus keine kurzfristige Übergangsphase zum Kommunismus, sondern eine selbstständige Gesellschaftsformation ist, in der es um die optimale Nutzung und Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen und die Durchsetzung des Leistungsprinzips geht. Gewinn, Zins und Kredit sind keine „Muttermale des Kapitalismus“, sondern eminent wichtige Instrumente, um die Produktivkräfte maxi-



Festveranstaltung der Alfred Klahr Gesellschaft zum 70. Geburtstag von Hans Hautmann am 2. Oktober 2013 in der Alten Kapelle im Alten AKH in Wien. Von links: Manfred Mugrauer, Claudia Kuretsidis-Haider, Heinz Karl und Hans Hautmann.

mal zu entwickeln. Zugleich mit dieser Erkenntnis wurde das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung entwickelt, in dessen Mittelpunkt die Förderung des materiellen Eigeninteresses der Betriebe, die Verbindung von Plan und Demokratie, des Produzenten mit dem sozialistischen Eigentum stand.

Die einschneidendste, negativste Bedingung des sozialistischen Aufbaus der DDR war die seit 1946 von den Westmächten und westdeutschen großbürgerlichen Kreisen vorbereitete, 1948 (separate Währungsreform; Ausarbeitung einer separaten Verfassung) und 1949 (Gründung der BRD am 23. Mai) vollzogene Spaltung Deutschlands und Berlins und der von der NATO und der BRD geführte Kalte Krieg gegen die DDR.

Nachdem diese massive feindliche Einwirkung durch die Grenzsicherung vom August 1961 erheblich reduziert wurde, erlebte die DDR in den 1960er Jahren die ökonomisch und politisch erfolgreichste Periode ihrer Geschichte.

Wie die Geschichte zeigt, war die frühsozialistische, „realsozialistische“ Entwicklung alles andere als die planmäßige Umsetzung eines bereits ausgearbeiteten „marxistisch-leninistischen“ Gesellschaftskonzepts. Noch weniger kann sie an den abstrakten Kriterien einer häufig berufenen (aber bisher nur als theoretische Doktrin und zudem in diversen widerstreitenden Varianten angebotenen) „sozialistischen Vision“ gemessen werden. Letztere hat gegenüber dem nicht ausreichend potenten und attraktiven und deshalb zusammengebrochenen, aber immerhin sieben Jahrzehnte existierenden

und enorm geschichtsmächtigen Realsozialismus allerdings das grundlegende Manko, dass sie bisher keinerlei Proben ihrer Realisierbarkeit, ihrer a priori vorausgesetzten gesellschaftsgestaltenden Potenzen abgelegt hat und niemand sagen kann, wann dies geschehen wird und ob es über die Ergebnisse des ersten sozialistischen („realsozialistischen“) Anlaufs hinausführt. Hier wiederholt sich im Grunde das Schicksal jener den Weg des Realsozialismus begleitenden, ihn total negierenden Kritik aus dem sich als links verstehenden Spektrum, deren minimale Resonanz und faktische Wirkungslosigkeit sich wohl vor allem daraus ergab, dass sie zwar theoretische Postulate vortragen, aber nicht die geringsten praktischen Resultate vorweisen können.

Vertane Chancen

In Diskussionen werden die objektiven Möglichkeiten der Entwicklung des frühen Sozialismus in seinen verschiedenen Phasen sehr unterschiedlich bewertet. Nicht selten werden seine Entwicklungspotenziale und die Ursachen seines Scheiterns nicht konkret-historisch beurteilt. Hobsbawm, der die internationale Politik seit der Oktoberrevolution als „Jahrhundertkampf der Mächte der alten Ordnung gegen die soziale Revolution“²² charakterisiert, ist der Meinung, „während der längsten Zeit dieser Periode konnten sich selbst diejenigen, die seinen (des sowjetischen Sozialismus, H.K.) Anspruch auf Überlegenheit zurückwiesen, absolut nicht sicher sein, dass er nicht doch noch den Sieg davontragen würde.“²³

1960 veröffentlichte Fritz Baade, einer der führenden sozialdemokratischen Wirtschaftswissenschaftler in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik, sein Buch „Der Wettlauf zum Jahr 2000“. Darin analysierte er die Systemkonkurrenz. Er bemerkte ein auf wichtigen Gebieten rascheres wissenschaftlich-technisches Voranschreiten der Sowjetunion gegenüber den USA. Baade und andere kompetente amerikanische und westdeutsche Beobachter konstatierten um 1960 nicht nur ein weit schnelleres Wachstum der sowjetischen wissenschaftlichen und technischen Intelligenz gegenüber der amerikanischen, sondern auch ein höheres Niveau ihrer Ausbildung, ferner eine höhere Effizienz der sowjetischen Forschungen sowie technologischen Vorsprünge im Maschinenbau. Als Symptom des Bewusstwerdens dieser Situation wertete Baade den „Sputnik-Schock“. In seinem Fazit bezeichnete er es als die bitterste Tatsache, „dass sich der Schwerpunkt der Welt [...] auch im Wirtschaftspotenzial auf die östliche Welt verlagern wird“.²⁴ Und fast ein Kuriosum: „Um im Anwachsen des Sozialprodukts mit dem Osten Schritt zu halten, müssen die Restbestände der ‚kapitalistischen Anarchie‘ überwunden werden.“²⁵

Dies war an der Schwelle zur wissenschaftlich-technischen Revolution. An dieser Schwelle ist der Realsozialismus gescheitert. Er hatte vermocht, ein Wirtschaftssystem zu schaffen, das von den typischen Krisenerscheinungen der kapitalistischen Welt frei und deshalb jahrzehntelang sehr attraktiv war. Jedoch mit der rasanten wissenschaftlich-technischen Umwälzung seit Ende der 1960er Jahre vermochte er nicht mehr mitzuhalten.

Konzentriert wirkten sich nun tief verwurzelte Defizite, Systemdefekte des Realsozialismus aus, die zu überwinden auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) – einem möglichen Anstoß für die grundlegende Korrektur bisheriger Fehlentwicklungen – nicht gelungen war.

Palmiro Togliatti hatte in seinem berühmten Interview vom Juni 1956 „die wahren Probleme“²⁶ aufgeworfen und auf deren Lösung gedrängt. Er forderte, von der Erörterung von Oberflächenphänomenen und Symptomen (z.B. des Personenkults) zur tiefgründigen Analyse der gesellschaftlichen Grundlagen und Ursachen der stalinistischen Deformationen und Fehlentwicklungen vorzudringen, um deren Wurzeln zu beseitigen, ihre Wiederholung bzw. ihr Fortwirken auszuschließen und ein Voranschreiten

zu sichern. Togliatti betonte, dass die so genannten Folgen des Personenkults (oder die Fehler Stalins) „nicht nur etwas Persönliches waren, sondern die Wirklichkeit des sowjetischen Lebens tief durchdrangen“, dass es zu klären gilt, wie sie „mit der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft verflochten wurden“; „wie und warum“ die Sowjetgesellschaft zur „Abweichung vom demokratischen Wege und von der Gesetzmäßigkeit, die sie sich vorgezeichnet hatte, ja, sogar bis zur Entartung gelangen konnte und tatsächlich gelangte“; dass die Fehlentwicklungen damit zusammenhingen, dass „der ganze bürokratische Apparat im sowjetischen wirtschaftlichen und politischen Leben, vielleicht ganz besonders im Parteileben ungeheuer überspannt wurde“; dass in diesem Zusammenhang nicht nur die Rolle der russischen Tradition zu beachten, sondern vor allem zu untersuchen sei, wie sich „ein neuer Typ bürokratischer Führung“ entwickelte; dass „die wirkliche schöpferische Debatte nach und nach immer mehr verschwand und daher die Aktivität der Massen selbst abnahm und sich mehr und mehr nach von oben kommenden Direktiven bewegte als aus eigenem natürlichen Antrieb“.²⁷ Togliattis Problemerkatalog kulminierte in der These, dass „das zentrale Problem die Wahrung der demokratischen, wesentlichen Merkmale der sozialistischen Gesellschaft ist [...]“. Das ist es, was von Grund aus untersucht und geklärt werden muss.²⁸

Palmiro Togliattis Ausführungen vom Juni 1956 sind ein bedeutendes Dokument der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts. Sie beweisen überzeugend, dass diese Bewegung zu dieser Zeit durchaus über die politischen und geistigen Potenzen verfügte, ihre (vor allem mit den stalinistischen Einflüssen und deren Auswirkungen verbundenen) hemmenden Faktoren zu überwinden, dass sie die reale Chance hatte, weiter voranzuschreiten.

Diese Chance wurde vertan. Togliattis Darlegungen, geradezu ein theoretisch-politisches Aktionsprogramm zur Lösung der Krise des realsozialistischen Systems (und der kommunistischen Bewegung) – als sie noch lösbar war – und zur Erneuerung der Impulse des Roten Oktober, wurden von der Führung der KPdSU wie auch von den Führungen der SED und der anderen marxistisch-leninistischen Parteien zurückgewiesen, in den Geruch des Revisionismus gebracht und verdrängt. Trotz gewisser, nicht unwichtiger Korrekturen nach dem XX. Partei-

tag nahm der Problemstau zu, die Krise vertiefte sich und führte schließlich zum Zusammenbruch der sozialistischen Macht- und Gesellschaftsstrukturen.

Die marxistische Geschichtswissenschaft hat seinerzeit die Kritik Togliattis nicht aufgegriffen. Vor allem wohl deshalb nicht, weil ihr realer Gehalt und die Tragweite der aufgeworfenen Probleme unterschätzt, der Effekt der nach dem XX. und dem XXII. Parteitag der KPdSU durchgeführten Korrekturmaßnahmen überschätzt und außerdem befürchtet wurde, den subversiven Aktivitäten des imperialistischen Gegners Raum zu geben. In der Tat – aber das entschuldigt die schwerwiegenden Versäumnisse nicht – war andererseits eine Unterschätzung der Aggressivität der imperialistischen Strategie und der Rolle z.B. der SPD bei ihrer Verwirklichung zu verzeichnen. Das äußerte sich auch darin, dass nach dem Anschluss der DDR an die BRD die rüde Kolonialisierung des Ostens vielfach mit Überraschung aufgenommen wurde.

Lehren der Geschichte und Aufgaben der Gegenwart

Für die marxistischen Historiker in Deutschland ergibt sich aus der internationalen wie aus der inneren Situation der BRD die Aufgabe, verstärkt die kritische Auseinandersetzung mit den politischen Realitäten und insbesondere mit der Geschichte der BRD zu führen. Der Umgang der Machteliten mit dem NSU-Skandal zeigt, wie virulent die Kontinuitätsstränge sind, die Gesellschaft und Staat der BRD mit dem „Dritten Reich“ verknüpfen. Allzu offenkundig ist das krampfhaft Bemühen, davon abzulenken und zu verdrängen, dass die BRD von ihren Anfängen an ein Überwachungsstaat par excellence war, funktionierend und geprägt durch schwer belastetes Personal des Naziregimes;²⁹ davon abzulenken und zu verdrängen, in welchem Ausmaß der bundesdeutsche Staatsapparat – besonders Polizei, Geheimdienste, Justiz – nazistisch verseucht war, und dass ihn das prägte.³⁰

Das Wort des Historikers ist umso mehr gefordert, als Regierungen und Behörden, Polizei und Justiz der BRD geradezu mit Akribie die katastrophalen Fehlleistungen des Weimarer Staates wiederholen, die sich für die bürgerlich-parlamentarische Demokratie als tödlich erwiesen haben. So, wenn neonazistische Umtriebe als legale Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und des Demonstrationsrechts bemäntelt und

rechtfertigt werden. Aber wer Neonazis *legalisiert*, der legitimiert sie.

Natürlich liegt all dem ein politisches Konzept zugrunde. Schon die Tatsache, dass die staatlichen Instanzen – wie die bürgerlichen Medien und die etablierten Parteien – den Faschismus-Begriff meiden wie der Teufel das Weihwasser und statt dessen mit dem des „Nationalsozialismus“, also der demagogischen Selbstdarstellung der Hitlerfaschisten, hantieren, d.h. lupenreine Naziideologie kolportieren, spricht Bände. Neonazis und Antifaschisten werden mit Bedacht in den gleichen „Extremismus“-Topf geworfen, der Antifaschismus wird diffamiert und kriminalisiert, indem man ihn als „Linksextremismus“ denunziert. Dass dieses Konzept und die ihm entsprechende Praxis nicht hingenommen werden dürfen, sondern entschieden bekämpft werden müssen, ist eine der wichtigsten Schlussfolgerungen aus den historischen Erfahrungen.

Eine weitere wichtige Aufgabe besteht darin, als Historiker durch Aufschließen geschichtlicher Erfahrungen die Entwicklung von Massenaktionen und Basisbewegungen aufzuzeigen. Hier hat unser verehrter Jubilar Hans Hautmann mit seinem monumentalen Werk über die „Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924“ beispielgebend gewirkt. Seine Feststellung, dass diese Thematik „nicht nur von historischem Interesse“ ist,³¹ gilt heute noch weit mehr als vor einem Vierteljahrhundert.

Schließlich zeigt das politische Geschehen tagtäglich, dass die Entwicklung des subjektiven Faktors letztlich das Kernproblem ist. Dabei ist das Zusammenwirken *aller* Marxisten – über Organisations- und Ländergrenzen hinweg – ein in seiner Bedeutung gar nicht zu überschätzender Aspekt. In diesem Sinne verfolge ich die bewundernswerte Aktivität der *Alfred Klahr Gesellschaft* mit größtem Interesse und Respekt (und auch – wenn ich etwa eure *Mitteilungen* und unsere *Geschichtskorrespondenz* vergleiche – mit einem Schuss Neidhammelei, den man mir großmütig verzeihen möge) und bedanke mich ganz herzlich für die Einladung.

Vortrag auf der Festveranstaltung zum 70. Geburtstag von Hans Hautmann am 2. Oktober 2013 in Wien.

Anmerkungen:

1/ Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München, Wien 1995, S. 720.

Neuerscheinungen

Hans Hautmann:

Von der Permanenz des Klassenkampfes und den Schurkereien der Mächtigen

Aufsätze und Referate für die
ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Wien: Alfred Klahr Gesellschaft 2013
(Quellen & Studien, Sonderband 16), 406 S., 20,- Euro

Der Studienband vereint 31 Aufsätze und Referate von Univ.-Prof. Dr. Hans Hautmann, die in den vergangenen 20 Jahren in den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* erschienen sind bzw. von ihm auf Veranstaltungen der AKG vorgetragen wurden.

Bestellmöglichkeit: klahr.gesellschaft@aon.at





Claudia Kuretsidis-Haider/Manfred Mugrauer (Hrsg.)
Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe
Beiträge zur ArbeiterInnenbewegung, Justizgeschichte und österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert
Festschrift für Hans Hautmann zum 70. Geburtstag
350 Seiten
€ 34.90
ISBN 978-3-7065-5271-4

www.studienverlag.at

2/ Nina Hager: Die Kraft der selbstbewusst entscheidenden Menschen, in: *Marxistische Blätter*, Nr. 4/2013, S. 75.

3/ W. I. Lenin: Werke, Bd. 19. Berlin 1962, S. 8.

4/ Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 7. Berlin 1960, S. 42; vgl. auch S. 513.

5/ Ebd., Bd. 8, S. 197.

6/ Ebd., Bd. 7, S. 413.

7/ Ebd., Bd. 17, S. 336.

8/ Ebd., S. 340.

9/ Ebd., S. 342.

10/ Ebd., Bd. 22, S. 199.

11/ Hobsbawm: Zeitalter, S. 114.

12/ Ebd., S. 79.

13/ Francis Fukuyama: Der Mensch braucht das Risiko, in: *Der Spiegel*, Nr. 15/1992, S. 258.

14/ Hobsbawm: Zeitalter, S. 79.

15/ Alexander Sinowjew: Meine Revolution, in: *junge Welt* (Berlin), 7. November 1997.

16/ Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945. Berlin 1961, S. 318.

17/ Winston S. Churchill: Der Zweite Weltkrieg. Frankfurt/M. 2003, S. 823.

18/ Ebd., S. 944.

19/ Hobsbawm: Zeitalter, S. 22.

20/ Ebd., S. 114.

21/ Ebd., S. 615.

22/ Ebd., S. 80.

23/ Ebd.

24/ Fritz Baade: Der Wettlauf zum Jahre 2000. Berlin 1968, S. 20.

25/ Ebd., S. 194.

26/ *Freies Volk* (Düsseldorf), 26.6.1956; *Geschichtskorrespondenz* (Berlin), Januar 2012, S. 21.

27/ Ebd., S. 20, 21, 23, 24.

28/ Ebd., S. 24f.

29/ Vgl. Heinz Karl: Zur Personalstruktur des MfS der DDR und des entsprechenden Behördensystems der BRD, in: *Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE*, Nr. 5/2010, S. 28–30.

30/ Vgl. Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft. Berlin 1965; Heinz Karl: Rechtsextremismus als Regimeapologetik, in: *Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE*, Nr. 11/2000, S. 10ff.; Ingo Müller: Furchtbare Juristen. München 1989; Dieter Schenk: Die braunen Wurzeln des BKA. Frankfurt/M. 2003.

31/ Hans Hautmann: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924. Wien, Zürich 1987, S. 16.